

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

**Kurz kommentiert: Energiepolitik - Einkommensteuer -
USA - Banken - Entwicklungsländer**

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1977) : Kurz kommentiert: Energiepolitik - Einkommensteuer - USA - Banken - Entwicklungsländer, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 57, Iss. 5, pp. 221-222

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135066>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Energiepolitik

Im Namen der Beschäftigten?

In einer offiziellen Stellungnahme zur Energiepolitik vom 5. April 1977 wandte sich der Bundesvorstand des DGB gegen einen generellen Verzicht auf Kernenergie. Aufgrund der derzeitigen hohen Arbeitslosigkeit strebt der DGB eine vollbeschäftigungsorientierte Wachstumspolitik an, die nur durch eine ausreichende und preisgünstige Energieversorgungsbasis zu sichern sei. Angesichts der Tatsache, daß in der Vergangenheit die wesentlichen Wachstumsimpulse von Rationalisierungsinvestitionen ausgegangen waren, erscheint es allerdings fraglich, ob Wachstum in Zukunft auch mehr Arbeitsplätze schaffen wird.

Um sein Wachstumskonzept schnell zu verwirklichen, fordert der DGB eine zügige Fortsetzung der Bauarbeiten an den bereits begonnenen Kernkraftwerksvorhaben. Eine Betriebsgenehmigung soll allerdings nur bei einer „befriedigenden“ Lösung der Entsorgungsfrage erteilt werden. Offenbar vertraut der DGB hier blind auf die künftige sicherheitstechnische Entwicklung.

Schließlich erscheint es unverständlich, daß der DGB einerseits eine stärkere Beteiligung der Bevölkerung an Entscheidungsprozessen für unabdingbar erklärt, andererseits jedoch die stark angewachsene Zahl der Atomkraftgegner ignoriert. Mit keinem Wort wird auf die Vielzahl von Einwendungen aus engagierten Bevölkerungskreisen und auf die Haltung der gewerkschaftlichen Basisgruppen eingegangen. So liegt der Verdacht nahe, daß der DGB als die Organisation mit der breitesten Basis eine Alibifunktion für die Bundesregierung übernommen hat. Denn die energiepolitischen Vorstellungen der Gewerkschaftsführung lassen kaum Unterschiede zum Energieprogramm der Regierung erkennen. wh

Einkommensteuer

Selektive Korrekturen vermeiden

Bei der Anhörung von etwa 40 Verbänden vor dem Finanzausschuß des Bundestages wurde zumindest für einen Teil des Steueränderungsgesetzes 1977 allgemeine Zustimmung deutlich.

Steuerentlastungen im Bereich der persönlichen Einkommen sind ihres Beifalls eben immer gewiß. Das akute Unbehagen an der durch das Zusammenwirken von Inflation, nominellen Einkommenssteigerungen und progressivem Tarif hervorgerufenen erhöhten Belastung vor allem der Lohnsteuerpflichtigen artikuliert erst kürzlich Bundesfinanzminister Apel, als er vom „Marsch in den Lohnsteuerstaat“ sprach. Eine detailliertere Aussage legte der Bund der Steuerzahler mit seiner Analyse der realen Entwertung der Freibeträge, Höchstgrenzen und Pauschalsätze im geltenden Steuerrecht vor. Der Unterschied zwischen ursprünglicher Intention des Gesetzgebers und heutigem Entlastungswert dieser nominal fixierten Größen ist um so stärker, je älter die betrachteten Vergünstigungen sind.

Die im inzwischen abgelehnten Steuerpaket angebotenen Entlastungen, von denen in diesem Zusammenhang speziell die Sonderausgaben-Neuregelung zu nennen ist, betreffen nur einen kleinen Teil der verbesserungsbedürftigen Tatbestände, zu denen auch der Progressionsverlauf zählt. In den Schlußfolgerungen des Berichts der Bundesregierung über die Möglichkeiten zur Einführung eines Einkommensteuertarifs mit durchgehendem Progressionsverlauf wird die Ansicht geäußert, daß aus steuerpolitischen und haushaltswirtschaftlichen Gründen vordringlich das Hineinwachsen von Einkommen in die Progressionszone zu verzögern sei. Dann wäre aber eine Anpassung aller relevanten Freibeträge und Pauschalen konsequent. Der berechtigte Protest der durch selektive Korrekturen nicht berücksichtigten Steuerzahlergruppen, die sonst auf spätere Reformen vertröstet werden müßten, ließe sich vermeiden. cr

USA

Verschiebung der Prioritäten

Mit dem Verzicht auf den größten Teil seines Konjunkturprogramms für das Jahr 1977 ging der amerikanische Präsident schon drei Monate nach dem Beginn seiner Amtszeit auf eine weniger expansive Finanzpolitik über. Die für das kommende Jahr vorgesehenen Ausgabenerhöhungen zum Abbau der Arbeitslosigkeit bleiben hiervon unberührt. Mit neuen, weit aufgefächerten Programmen wird nun aber verstärktes Gewicht auf

eine Bekämpfung des Preisanstiegs und eine langfristige Sicherung der Energieversorgung gelegt.

Bei dem derzeitigen zügigen Aufschwungstempo in den USA ist damit zu rechnen, daß der Wegfall der geplanten einmaligen Steuerrückzahlungen nur geringe konjunkturelle Effekte haben wird. Der private Konsum wird lediglich vorübergehend etwas langsamer steigen, weil die Konsumenten wohl schon in gewissem Umfang Käufe vorgezogen haben. Während die Rücknahme dieser Maßnahme die Inflationserwartungen jetzt dämpft, bietet das beabsichtigte „Anti-Inflationsprogramm“ allenfalls mittelfristig Aussicht auf einen gewissen Erfolg. Gleichzeitig ist aber vom Energieprogramm eine Verstärkung des Preisanstiegs zu erwarten. Sie ist bei den geltenden, von der Regierung niedrig gehaltenen Energiepreisen und bei der gegenwärtigen raschen Expansion des Energieverbrauchs wohl nicht zu vermeiden.

Offensichtlich hat der Präsident die Abstimmung seiner Pläne mit der Legislative bis zuletzt vernachlässigt. Dies hat auch seinen Rückzug in der Finanzpolitik mitbedingt, mit dem er einer Niederlage im Parlament aus dem Weg ging. Vor allem wegen der Interessenvielfalt im Kongreß wird die Durchsetzung auch der neuen Regierungspläne schwierig bleiben. Schon bei der Beratung des Energieprogramms sind erhebliche Änderungen zu erwarten. sp

Banken

Nun auch die Schweiz

Nach der spektakulären Herstatt-Pleite sowie einigen weiteren Bankskandalen in der Bundesrepublik, England und den USA hat nun auch die Schweiz, das Mekka der Finanzwelt, ihren Skandal. Durch kriminelle Machenschaften einer ihrer Filialen – so die Generaldirektion der betroffenen Schweizerischen Kreditanstalt – können der Bank Verluste in bisher noch nicht bekannter Höhe entstehen. Welche Größenordnungen hier ins Spiel kommen, deutet das Hilfsangebot von 3 Mrd. sfr der Schweizerischen Nationalbank, der Schweizerischen Bankgesellschaft und des Schweizerischen Bankvereins an. Die anfangs genannten Verluste von „nur“ 250 Mill. sfr scheinen auf jeden Fall zu gering gegriffen.

In die allgemeine Betroffenheit der internationalen Finanzwelt mischt sich mancherorts Schadenfreude darüber, daß es nun auch einmal die „feinen“ Schweizer Bankiers erwischt hat. Beides ist

allerdings wenig geeignet, solche Vorfälle in Zukunft zu verhindern. Hierzu ist es vielmehr notwendig, die Bankgeschäfte rechtzeitig zu überwachen und zu prüfen. Vor allen Dingen sollten die Bonitätsanforderungen an die Schuldner auch in solchen Zeiten hoch sein, in denen Liquidität reichlich vorhanden ist. Wenig hilfreich ist jedenfalls der übliche stereotype Hinweis auf das enorme, von keinem Staat kontrollierte Volumen des Euro-Marktes. Dadurch wird nur von der eigentlichen Ursache dieser Finanzskandale, nämlich der mangelnden Sorgfalt und schlechten Geschäftsmoral einiger Bankiers abgelenkt. ge

Entwicklungsländer

Währungspolitische Forderungen

Auf der achten Tagung des Interims-Ausschusses des IWF fanden die Entwicklungsländer Ende April in Washington wieder einmal Gelegenheit, ihre Forderungen vorzutragen. Im einzelnen verlangten sie die Schaffung weiterer Liquidität durch Zuteilung neuer Sonderziehungsrechte (SZR) und eine Verbindung (Link) der SZR mit der Entwicklungshilfe. Außerdem sollte nach den Vorstellungen der Entwicklungsländer die neu zu schaffende Sonderfazilität des IWF ohne strenge wirtschaftspolitische Auflagen und mit einer längeren Rückzahlungsfrist in Anspruch genommen werden können. Der Forderungskatalog enthielt weiterhin eine 100%ige Anhebung der IWF-Quoten, erhebliche Kapitalaufstockung der Weltbankgruppe, Erhöhung der offiziellen Entwicklungshilfe auf 0,7 % des Bruttosozialprodukts und die Schaffung gemeinsamer Finanzierungsfonds.

Diese Forderungen, insbesondere die Zuteilung neuer SZR, wurden wieder einmal von zahlreichen Industrieländern vor allem mit der Begründung abgelehnt, die Schaffung zusätzlicher Liquidität führe zu einem Anheizen der Inflation. Außerdem handele es sich bei den SZR um Reservemittel, die nicht für langfristige entwicklungspolitische Zwecke geschaffen worden seien. Zwar sind diese Argumente, wie zahlreiche Untersuchungen zeigten, nicht stichhaltig; andererseits ist auch der Link gewiß kein Allheilmittel. Denn die Mittel, die hierdurch für Entwicklungshilfe verfügbar würden, könnten in jedem Falle nur begrenzt sein, da eine unkontrollierte Ausweitung der SZR die Stabilität des internationalen Währungssystems gefährden würde. Die Entwicklungsländer sollten sich daher in Zukunft mehr auf andere Forderungen konzentrieren. na